

1. Juli 2016



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

in den letzten Wochen stand das Thema Datensammlungen der Polizei im Fokus unserer Arbeit. Durch eine Vielzahl von Kleinen Anfragen und einer Großen Anfrage ist deutlich geworden, dass die Sächsische Polizei mehr Daten über Personen gespeichert hat als bekannt und als aus unserer Sicht zulässig. Insbesondere das polizeiliche Analysesystem „eFas“ und die so genannten Personengebundenen Hinweise stehen dabei im Fokus unserer Kritik. Insbesondere bei letzteren kann – auch aufgrund der Antwortverweigerung des Innenministers auf konkrete Fragen – nicht ausgeschlossen werden, dass eine Stigmatisierung durch die Speicherung von verschiedenen Merkmalen erfolgt.

In der aktuellen Situation werden unter dem Deckmantel der Terrorabwehr immer neue Eingriffsrechte für Polizei und Sicherheitsbehörden geschaffen. Jüngst ließ sich Innenminister Markus Ulbig dazu hinreißen, neben der Einführung von Bodycams auch polizeiliche Vorhersagesoftware und Gesichtserkennungssysteme zu fordern. Diese Ausweitung von Überwachung lehnen wir nicht nur ab, sondern wollen im Gegenteil eine kritische Überprüfung der Eingriffsbefugnisse und Mittel der Sicherheitsbehörden. Wir dürfen die Freiheit nicht auf dem Altar der Illusion von mehr Sicherheit opfern. Deshalb haben wir im Mai einen Antrag gestellt, sämtliche Sicherheitsgesetze – extern – einer Überprüfung zu unterziehen. Leider fand der Antrag, wie zu erwarten, keine Mehrheit.

Ein umfassendes Thema wird in den kommenden Monaten – auch im Vorgriff auf den Haushaltsentwurf – die Personalsituation in der Landesverwaltung sein. Die eingesetzte Kommission zur Evaluation der Personalausstattung hat am 15. Juni ihren Abschlussbericht vorgelegt. Der Bericht kann getrost als Report des Versagens der CDU-geführten Staatsregierung in der Personalpolitik bezeichnet werden. Der massive Stellenabbau stellt uns vor erhebliche Probleme. Bis 2030 werden 51% der Bediensteten in der Landesverwaltung in den Ruhestand gehen. Hierfür ausreichend qualifiziertes Personal zu finden wird eine Mammutaufgabe. Es muss jetzt endlich ein Kurswandel hin zu einem wirklich attraktiven Öffentlichen Dienst in Sachsen vollzogen werden. Andernfalls wird Sachsen diese Herausforderung nicht bestehen können.

Mit diesem Newsletter verabschiede ich mich in die parlamentarische Sommerpause. Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern gute Erholung und gutes Wetter und wünsche Ihnen / Euch eine spannende und aufschlussreiche Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen  
Valentin Lippmann

## Inhaltsübersicht

1. Datenschutz
2. Polizei- und Sicherheitsgesetze
3. Polizei
4. Gewalt / Hooligans
5. Landespersonal - Bericht der Personalkommission
6. Feuerwehr



### 1. Datenschutz

Sachsens Polizei speichert im Polizeilichen Auskunftssystem Sachsen „PASS“ Daten unter spezifischen, sogenannten personengebundenen Hinweisen (PHW). Diese sollen primär dem Schutz des Betroffenen und der Eigensicherung von Polizeibediensteten dienen.

Diese Datensammlung ist jedoch – wie bei ähnlichen Systemen – offensichtlich uferlos. Allein in Sachsen werden zu den 13 PHW der Bundesdatenbank INPOL zusätzlich 13 weitere Merkmale geführt. Ein Großteil dieser spezifisch Personen zugeordneten Merkmale ist überflüssig, stigmatisierend und möglicherweise rechtswidrig. Die Kategorie „Land- und Stadtstreicher“ in der sächsischen Datei wurde beispielsweise vom BKA bereits 2014 gelöscht. Was alles in der Kategorie „Ansteckungsgefahr“ gespeichert wird ist ein Rätsel. Über die Art und den Umfang der Datenspeicherung bei der Polizei braucht es dringend umfassende Aufklärung.

Antrag: Erstattung eines Berichts des Sächsischen Datenschutzbeauftragten zur datenschutzrechtlichen Bewertung der personengebundenen Hinweise (PHW) in polizeilichen Datenbanken (Drs. 6/5322)

Kleine Anfrage: Personengebundene Hinweise (PHW) in polizeilichen Datenbanken (Drs. 6/4861)

Kleine Anfrage: Verbunddateien im Freistaat Sachsen 2016 (Drs. 6/4562)

Pressemitteilung: Datensammlung der sächsischen Polizei über Personen ist uferlos (20. Mai 2016)

Redebeitrag Valentin Lippmann zum Tätigkeitsbericht des Sächsischen Datenschutzbeauftragten: "Schutz des Persönlichkeitsrechts im öffentlichen/nicht-öffentlichen Bereich"(22. Juni 2016)

Mit unserem Antrag fordern wir eine umfassende datenschutzrechtliche Überprüfung der sogenannten personengebundenen Hinweise.

Wer sich dafür interessiert, was für Daten die Polizei in ihren Auskunftssystemen speichert, kann eine entsprechende Auskunft verlangen. Ein Musterformular dazu findet sich auf der Seite der Fraktion: [Personenbezogene Daten in polizeilichen Datenbanken - Auskunftersuchen stellen.](#)



### 2. Polizei- und Sicherheitsgesetze

Seit den Anschlägen von Paris und Brüssel ist erneut eine Diskussion über die Verschärfung der Sicherheitsgesetze entbrannt. Auf Bundesebene ist eine Evaluierung der entsprechenden Gesetze und eine verfassungsrechtliche Überprüfung erfolgt. In Sachsen steht dies noch aus.

Mit unserem Antrag fordern wir eine umfassende Evaluierung der sächsischen Polizei- und Sicherheitsgesetze. Damit wollen wir erreichen, dass die sächsischen Polizei- und Sicherheitsgesetze entsprechend überarbeitet werden. Denn Polizei und Verfassungsschutz haben mittlerweile umfangreiche Befugnisse, die in die Grundrechte sächsischer Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Ob und wie diese Befugnisse genutzt werden, welche Bedeutung sie für die Arbeit dieser Behörden haben und ob sie überhaupt verhältnismäßig sind, soll eine Kommission herausfinden.

Antrag: Evaluierung der sächsischen Polizei- und Sicherheitsgesetze einleiten (Drs. 6/5126)

Redebeitrag Valentin Lippmann zum Antrag der GRÜNEN-Fraktion: "Evaluierung der sächsischen Polizei- und Sicherheitsgesetze einleiten" (25. Mai 2016)

Der Antrag wurde in der Plenarsitzung vom 26. Mai 2016 mit Stimmen von CDU, SPD und AfD abgelehnt.



### 3. Polizei

Strafermittlungen gegen Polizeibedienstete werden überdurchschnittlich oft eingestellt und höchst selten werden diese angeklagt. Das ist das Ergebnis meiner Kleinen Anfrage zu Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamtinnen und -beamte.

Von insgesamt 767 Strafverfahren, die seit Anfang 2015 gegen Polizeibedienstete in Sachsen eingeleitet worden sind, wurde nur in sechs Fällen Anklage erhoben. In fünf Fällen erging ein Strafbefehl. Das hinterlässt den Eindruck, dass Polizistinnen und Polizisten nur selten mit Strafverfolgung zu rechnen haben.

Unsere Forderungen zur Einrichtung einer unabhängigen Polizeikommission oder die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, wie sie in anderen Bundesländern bereits Pflicht ist, würden dem entgegen wirken.

[Pressemitteilung: Strafermittlungen gegen Polizeibedienstete werden überdurchschnittlich oft eingestellt \(20.06.2016\)](#)

[Kleine Anfrage: Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamtinnen und -beamte wegen Straftaten im Amt seit 2015' \(Drs. 6/5100\)](#)

[Zahlen des Statistischen Bundesamtes zu den Ermittlungsverfahren für 2014](#)

Am 17. Juni 2016 hat Innenminister Markus Ulbig (CDU) angekündigt in Sachsen sogenannte Body-Cams zum Schutz der Polizeibediensteten vor Gewalt, Gesichtserkennungssysteme und das Vorhersagesystem "PreCops" einzuführen. Dem stehen wir sehr kritisch gegenüber. Die Grund- und Bürgerrechte sollten durch echte Polizeibedienstete geschützt werden und nicht durch eine Ausweitung der Überwachung.

[Pressemitteilung: Body-Cams, Gesichtserkennungssysteme und "PreCops" \(17.06.2016\)](#)

### 4. Gewalt / Hooligans

Bei den Ausschreitungen im Zuge des Vorrundenspiels der DFB-Elf in der Innenstadt von Lille gibt es Anhaltspunkte, das auch sächsische Hooligans sich zu dem Zeitpunkt in Frankreich aufhielten.

Von dem Innenminister erwarte ich Antworten, wie viele sächsische Hooligans nach Frankreich eingereist sind und möglicherweise an den Ausschreitungen beteiligt waren. Welche polizeilichen Maßnahmen wurden ergriffen, um solche Ausschreitungen seitens sächsischer Hooligans zu verhindern?

Der Vorfall zeigt deutlich das praktische Problem umfassender Datenbestände. Zwar speichert die Polizei im erheblichen Maße Daten über „Gewalttäter Sport“, verweist aber dann darauf, dass man aufgrund der vielen Daten gar nicht wisse, gegen wen man konkret Maßnahmen ergreifen soll. Unnützlich gespeicherte Daten sind rechtswidrig gespeicherte Daten.

[Pressemitteilung: GRÜNE erwarten Auskunft zur möglichen Beteiligung sächsischer Fußballhooligans an Ausschreitungen in Frankreich \(13. Juni 2016\)](#)

[Kleine Anfrage: Präventive Maßnahmen gegen Hooligans 2016 \(Drs. 6/5403\) – Antwort ausstehend](#)

[Kleine Anfrage: Teilnahme gewaltbereiter sächsischer Hooligans an der Europameisterschaft 2016 \(Drs 6/5397\) – Antwort ausstehend](#)

### 5. Landespersonal – Bericht der Personalkommission

Der Abschlussbericht der Personalkommission wurde am 15. Juni 2016 vorgestellt. Mehrfach hatten wir die Veröffentlichung der Zwischenergebnisse gefordert, da die zukünftige Personalplanung in der Sächsischen Verwaltung rasches Handeln verlangt. Die Ergebnisse des Berichtes zeigen dies nun in aller Deutlichkeit. Innerhalb der nächsten 14 Jahre werden insgesamt 51 Prozent, in etlichen Bereichen bis zu 70 Prozent der Bediensteten in den Ruhestand gehen.

Mit Blick auf die zurückgehenden Haushaltsmittel ab 2020 muss die Koalition jetzt handeln und den Haushaltsentwurf in den Verhandlungen im Bereich des Personals umfassend überarbeiten. 2019 wird es zu spät sein und die Probleme werden sich bei einem weiteren Aussitzen noch mehr verschärfen als schon jetzt.

[Pressemitteilung: Abschlussbericht der Personalkommission ist ein Report des Versagens der CDU-geführten Staatsregierung \(15.06.2016\)](#)

[Kleine Anfrage: Altersabgänge und Neueinstellungen bei den Landesbediensteten bis 2030 – Aktualisierung 2016 \(Drs. 6/5399\) – Antwort ausstehend](#)

## 6. Feuerwehr

Große Anfrage: Feuerwehren und Feuerwehrförderung in Sachsen (Drs 6/5475)

Kleine Anfrage: Statistisches Datenmaterial der Feuerwehr (Drs. 6/4840)

In Sachsen gibt es ca. 2.300 Freiwillige Feuerwehren. Hinzu kommen sieben Berufsfeuerwehren sowie eine Reihe von Werksfeuerwehren.

Die Freiwilligen Feuerwehren in Sachsen verlieren immer mehr Mitglieder und kämpfen zudem mit dem Problem der Überalterung. Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Freiwillige Feuerwehren Sachsen 2020“ vom Staatsministerium des Innern unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände und des Landesfeuerwehrverbandes wurden 2014 eine Reihe von Empfehlungen für eine zukunftsfähige Freiwillige Feuerwehr ausgesprochen.

Um den aktuellen Zustand der Freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehren in Sachsen zu erfahren und Bilanz hinsichtlich des Umsetzungsstandes der Empfehlungen der Arbeitsgruppe zu ziehen, haben wir eine Große Anfrage eingereicht mit dessen Ergebnissen wir nach dem Sommer rechnen.

## Kleine Anfragen

Aktuelle Kleine Anfragen von mir finden Sie [hier](#).

## Termine

**Dienstag, 6. September 2016**

**19 Uhr - Grüne Ecke, Bischofsplatz 6 in Dresden**

Film und Diskussion

„Der Verfassungsschutz und seine gefährliche Nähe zum Rechtsextremismus“

V-Mann-Land - Spitzel im Staatsauftrag

(Ein Film von Katja und Clemens Riha, 2015)

Es diskutieren:

Valentin Lippmann, innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

BÜNDNIS90 / DIE GRÜNEN in Sachsen und

Wolfgang Wieland, ehem. Sprecher der Bundestagsfraktion BÜNDNIS90 /

DIE GRÜNEN für Innere Sicherheit und Mitglied im

Bundestagsuntersuchungsausschuss zur NSU



**Sax Grün – die Zeitung der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag**

Das Heft mit vielen spannenden Themen ist [hier](#) zu finden.



Dresdner Regionalbüro Valentin Lippmann

Schlüterstr. 7 – 01277 Dresden

Link: [hier](#)

## Impressum

Für weitere Informationen, Fragen, Anregungen oder Kritik wenden Sie sich bitte an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Fax: 0351 / 493 48 09

Valentin Lippmann  
Sprecher für Datenschutz, Innen- und Kommunalpolitik  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Tel.:0351/4934830  
[valentin.lippmann@slt.sachsen.de](mailto:valentin.lippmann@slt.sachsen.de)

Dr. Juliane Hundert  
Parlamentarische Beraterin für  
Innen- und Kommunalpolitik, Datenschutz  
und Justizariat, Beraterin für den 1. UA (NSU)  
V.i.S.d.P.: Dr. Juliane Hundert

Tel.:0351/4934833  
[juliane.hundert@slt.sachsen.de](mailto:juliane.hundert@slt.sachsen.de)